



## **Stellungnahme zur Anhörung am 25.10.10**

### **Unterausschuss Neue Medien Gespräch mit Sachverständigen zum Thema „Kampf gegen Darstellung von Kindesmissbrauch im Internet: technische und organisatorische Fragen“**

#### ***Vorbemerkung:***

Die vom Unterausschuss Neue Medien kurzfristig übermittelten Fragen können von jugendschutz.net nicht in der gewünschten Differenziertheit beantwortet werden, weil zu den meisten Fragen (noch) keine belastbaren Daten vorliegen. Viele der gestellten Fragen sollen im nächsten halben Jahr durch eine verbesserte Zusammenarbeit von BKA, Hotlines und BPjM geklärt werden, wie sie im so genannten Harmonisierungspapier vereinbart wurde.

jugendschutz.net als zentraler Einrichtung der Länder für den Jugendschutz im Internet befasst sich mit allen Inhalten des Internets, die Jugendliche gefährden oder beeinträchtigen können. Über unsere Meldestelle gehen jährlich ca. 8.000 Hinweise zu allen Jugendschutzproblemen ein.

Darstellungen des sexuellen Missbrauchs im Internet sind ein sehr wichtiger Teil der Arbeit von jugendschutz.net, der Schwerpunkt liegt aber im Vor- und Umfeld der Kinderpornografie (z.B. Vermarktung von Kindern als Sex-Objekte, Boy-/Girl-Lover-Foren). Die Meldestelle selbst wird von fünf Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern betrieben, diese sind auch für das Vorgehen im gesamten Bereich (kinder-)pornografischer und gewalthaltiger Inhalte zuständig.

jugendschutz.net hat alle kinderpornografischen Angebote bis 1. Juli 2010 ausschließlich an das BKA abgegeben. Die aktuelle Ländervereinbarung für jugendschutz.net sieht dies so vor, da hinter jeder Darstellung des sexuellen Missbrauchs ein realer sexueller Missbrauch zu vermuten ist und der Täterermittlung Vorrang eingeräumt werden soll.

Seit 1. Juli beteiligt sich jugendschutz.net an der Evaluation, mit welchen Maßnahmen Kinderpornografie im Internet am effektivsten bekämpft werden kann. Die im (noch nicht endgültig abgestimmten) Harmonisierungspapier festgelegten veränderten Verfahren konnten zunächst nur teilweise umgesetzt werden, weil erst deren rechtliche Zulässigkeit zu klären war.

Nachdem das BMJ bestätigt hat, dass das Strafbarkeitsrisiko der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als sehr gering eingeschätzt wird, wenn sie kinderpornografische Adressen

weiterleiten, hat jugendschutz.net am 1. Oktober mit der vollständigen Umsetzung begonnen. Im dritten Quartal 2010 wurden die bearbeiteten Fälle aber bereits differenziert erfasst, um Vergleichszahlen zu generieren.

Statistische Daten, wie sich die Erreichbarkeit von Angeboten verringern lässt, wenn Fälle parallel an INHOPE-Partner weitergeleitet oder Diensteanbieter zusätzlich um Löschung gebeten werden, kann jugendschutz.net noch nicht vorlegen. Veränderte Erfolgsquoten, die Art der bearbeiteten kinderpornografischen Fälle und der Umfang der kommerziellen Interessen bei der Verbreitung von Kinderpornografie werden erst ab 1. Oktober erhoben.

Wir haben deshalb auf eine Beantwortung anhand der einzelnen Fragen verzichtet.

### ***Statistische Auswertung der bearbeiteten kinderpornografischen Fälle im dritten Quartal 2010***

858 kinderpornografische Angebote<sup>1</sup> hat jugendschutz.net im dritten Quartal 2010 bearbeitet, Sie wurden von INHOPE-Partnern weitergeleitet (459), von Usern gemeldet (220) oder von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei vertiefenden Recherchen gefunden (179).

Im Juli 2010 waren 496 kinderpornografische Angebote zu bearbeiten, im August 212, im September 150. Die Vielzahl der Fälle im Juli ist auf vermehrte Hinweise von Usern (150) und einen außergewöhnlichen Anstieg bei den INHOPE-Meldungen (333) zurückzuführen.

Ein Drittel der Angebote waren Dateien in Image-Boards, jeweils ein Viertel Weiterleitungsdienste und Downloads bei Filehostern. Ein Großteil der Angebote scheint temporärer Natur zu sein, 85 % der bearbeiteten Inhalte war auf nur dreißig Plattformen zu finden.

In 522 Fällen (60 %) handelte es sich um deutsche kinderpornografische Angebote, die von INHOPE-Partnern (459) gemeldet, bei eigenen Recherchen (44) gefunden oder von Usern über die Hotline (33) gemeldet wurden.

336 Angebote lagen im Ausland, wobei zwei Drittel nur drei Ländern zuzuordnen waren: 109 (32 %) wurden in den Niederlanden, 63 (19 %) in den USA und 53 (16 %) in Russland gehostet. Es folgten Hongkong (40), Japan (18) und Kanada (12).

Alle kinderpornografischen Fälle hat jugendschutz.net an das BKA weitergeleitet, wie es die aktuelle Ländervereinbarung und das bestehende Memorandum of Understanding mit dem BKA vorsieht.

Nach einer Woche war jedes vierte kinderpornografische Angebot, nach 14 Tagen jedes zweite nicht mehr verfügbar. Die holländischen Angebote blieben im Schnitt 43 Tage online, die russischen 34 Tage und die US-amerikanischen 23 Tage.

---

<sup>1</sup> jugendschutz.net zählt jeweils die größtmögliche Beurteilungseinheit. Ein Angebot kann demnach eine Website, Webpage oder Datei sein. Häufig werden einzelne Bilder/Videos gemeldet und nicht immer besteht die Möglichkeit, die Site oder Page zu identifizieren, über die sie verbreitet wurden.

## ***Erfolge einer Kampagne gegen die sexuelle Vermarktung von Kindern im Internet***

jugendschutz.net hat im Frühjahr 2010 Möglichkeiten erprobt, die sexuelle Vermarktung von Kindern im Vorfeld der Kinderpornografie (sog. Posenangebote, absolut unzulässig nach § 4 Absatz 1 Nr. 9 JMStV) zu unterbinden.

Die Auswertung zeigte, dass zahlreiche Möglichkeiten zur Verfügung stehen und einzelne Maßnahmen erst Wirkung zeigen, wenn sie in ein längerfristiges Gesamtkonzept eingebettet werden.

In 194 ausgewählten Fällen hat jugendschutz.net 486 Maßnahmen ergriffen: Kontaktiert wurden Partner-Hotlines aus dem INHOPE-Verbund, Host-Provider und Dienstanbieter wie IP-Block-Inhaber, Registrare oder Betreiber von Bezahlplattformen. In zahlreichen Fällen hat jugendschutz.net mehrere Maßnahmen nacheinander oder parallel ergriffen, beispielsweise wurden häufig Hotlines, Host-Provider und Registrierungsdienst gleichzeitig um Unterstützung gebeten.

In 80 % der Fälle (156) gelang es, die unzulässigen Inhalte komplett aus dem Netz zu entfernen, die über Server in den Niederlanden (115), Deutschland (25), USA (10), Russland (2), Ukraine, Spanien, Australien und Taiwan (je 1) verbreitet wurden.

Weiteren 8 % der Angebote (15) konnte die finanzielle Basis entzogen werden. Ihre Preview-Bereiche waren zwar noch erreichbar, allerdings konnten die Anbieter ihre Inhalte nicht mehr vermarkten. Nur 12 % der Angebote (23) blieben unverändert online. Um ihre Auffindbarkeit einzuschränken, regte jugendschutz.net die Indizierung bei der BPjM an.

Der schnellste Erfolg konnte über „Abuse-Hotlines“ von Host-Providern erzielt werden. Teilweise waren die Angebote schon nach einer Stunde entfernt, wenn Host-Provider Inhalte löschten, taten sie das meist innerhalb von 48 Std.

Hartnäckigkeit hat sich in zahlreichen Fällen ausgezahlt, wenn Anbieter nach einem ersten Löscherfolg auf neue Server umgezogen sind. In 92 Fällen konnte ihnen durch Kontaktaufnahme zum Host-Provider, Registrierungsdienst und Zahlungssystem erneut die Plattform entzogen werden.

### ***Verstärkte Löschbemühungen seit 1. Oktober 2010***

Nach der bisher geltenden Vereinbarung der Länder zur Arbeit von jugendschutz.net, werden eingehende kinderpornografische Hinweise nach Überprüfung ihrer strafrechtlichen Relevanz an das BKA zur Ausermittlung weitergeleitet.

Im Rahmen der Harmonisierung der Zusammenarbeit zwischen BKA, Selbstkontrollen, BPjM und jugendschutz.net ist nun vereinbart, dass Hinweise auf ausländische Angebote parallel auch an Partnermeldestellen des INHOPE-Verbundes weitergeleitet werden.

Wenn diese Maßnahme erfolglos bleibt (oder die Inhalte in einem Land liegen, in dem es kein INHOPE-Mitglied gibt), wird auch über Kontakte zu Diensteanbietern versucht, die kinderpornografischen Inhalte löschen zu lassen.

jugendschutz.net versucht dabei auf möglichst allen verfügbaren Wegen eine Löschung zu erreichen. Dies umfasst neben Host-Providern auch IP-Block-Inhaber, Meta-Provider oder Bezahlplattformen.

jugendschutz.net beteiligt sich an dem neuen Verfahren bisher nur unter Vorbehalt. Die Länder wollen wichtige Grundsatzfragen (z.B. Ermächtigungsgrundlage für jugendschutz.net zur Weitergabe kinderpornografischer Hinweise, Rechtmäßigkeit der Eintragung kinderpornografischer Inhalte in die INHOPE-Datenbank) noch intensiv prüfen

### ***Fazit: Nachhaltiges Gesamtkonzept nötig***

Die meisten kinderpornografischen Angebote, die jugendschutz.net im dritten Quartal 2010 bearbeitet hat, wären mit DNS-Sperren nicht zu blockieren gewesen. Download-Plattformen können beispielsweise nicht komplett gesperrt werden, nur weil einzelne dort verfügbare Dateien kinderpornografisch sind. Aber auch Löschungen sind keine nachhaltige Lösung, weil die meisten Inhalte nicht dauerhaft verfügbar sind und von einer Adresse zur nächsten wandern.

Nach den bisherigen Erfahrungen von jugendschutz.net hilft die aktuelle Diskussion um Löschen und Sperren nicht weiter. Einzelne Maßnahmen führen im Kampf gegen Kinderpornografie nicht zu nachhaltigen Erfolgen. Nötig ist eine Gesamtstrategie, um der sexuellen Ausbeutung von Kindern im Internet auf allen Ebenen (Strafverfolgung, Jugendschutzstellen, Freiwillige Selbstkontrolle, Industrie, Internet-Nutzer), koordiniert und dauerhaft entgegen zu treten.

Eine nachhaltige und wirksame Gesamtstrategie erfordert zusätzliche Ressourcen. Beispielsweise ist die Arbeit der Hotlines nicht dauerhaft gesichert, die EU-Förderung ist gerade ausgelaufen und soll zunächst nur um 18 Monate verlängert werden. Die zusätzlichen Belastungen der Hotlines durch Weiterleitungen und intensivierete Kontrollen sind im Evaluationszeitraum zu verkraften, müssen aber auf Dauer ausgeglichen werden.

jugendschutz.net hält es für sinnvoll, zunächst die Ergebnisse der Evaluation abzuwarten, bevor über weitere Maßnahmen entschieden wird. Belastbare Zahlen werden erst verfügbar sein, wenn die im Harmonisierungspapier vorgesehenen Verfahren von allen Beteiligten umgesetzt, in einer einheitlichen und transparenten Statistik erfasst und gemeinsam ausgewertet wurden. Für die Evaluation ist in der Koalitionsvereinbarung der Zeitraum bis Frühjahr 2011 vorgesehen.